

Vergleich der Positionierungen zum Mindestlohn auf Grundlage der Wahlprogramme

	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005	Bundestagswahl 2009	Bundestagswahl 2013
DIE LINKE (bzw. PDS/WASG)	„Die PDS streitet für die Einführung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohnes, der sich am Standard des Baugewerbes orientiert und mit jeder Tarifrunde der allgemeinen Lohnentwicklung angeglichen wird.“	„Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto für ein Vollzeitarbeitsverhältnis im Monat.“	„Es muss nach französischem Vorbild ein existenzsichernder, flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro erhöht wird und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wächst, wie die Lebenshaltungskosten steigen.“	„Lohndumping muss verhindert werden: mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro. (...) Der Mindestlohn muss jährlich ansteigen, dabei ist mindestens die Produktivitäts- und Preisentwicklung zu berücksichtigen. Bis zum Ende der Wahlperiode sollte der gesetzliche Mindestlohn an der Marke ‚60 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes‘ ausgerichtet werden. Das sind derzeit zwölf Euro.“
SPD	<i>Kommt nicht vor.</i>	„Die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, bundeseinheitliche tarifliche Mindestlöhne in allen Branchen zu vereinbaren. Soweit dies nicht erfolgt oder nicht erfolgen kann, werden wir Maßnahmen für einen gesetzlichen Mindestlohn ergreifen.“	„Unser Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen. Eine Mindestlohn-Kommission soll ihn festsetzen. Wir gehen davon aus, dass ein Mindestlohn von 7,50 Euro zurzeit eine sinnvolle Orientierungsmarke ist.“	„Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro einführen – einheitlich in Ost und West, der auf Vorschlag einer vom BMAS eingesetzten Mindestlohnkommission jährlich angepasst wird.“
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<i>Kommt nicht vor.</i>	„Wir setzen uns für regional und branchenspezifisch differenzierte Mindestlohnregelungen ein, die armutsfeste Löhne gewährleisten. Wo armutsfeste, allgemeinverbindliche Tarifverträge nicht zustande kommen und in tariffreien Bereichen muss es eine rechtlich verbindliche Mindestlohngrenze geben. Ihre Festlegung soll unter Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgebern erfolgen.“	„Mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von wenigstens 7,50 Euro je Stunde wollen wir sicherstellen, dass man von seiner Arbeit auch leben kann. (...) Der gesetzliche Mindestlohn wird jährlich überprüft und gegebenenfalls bei steigenden Lebenshaltungskosten angepasst. Eine Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild ist für die generelle Lohnuntergrenze verantwortlich“	„Wir streiten für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe soll von einer Mindestlohnkommission festgelegt werden (...). Der Mindestlohn wird unter Berücksichtigung der Beschäftigungseffekte, der Inflation und der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von der Kommission angepasst.“

Vergleich der Positionierungen zum Mindestlohn auf Grundlage der Wahlprogramme

	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005	Bundestagswahl 2009	Bundestagswahl 2013
Piratenpartei				„Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (...) für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein. (...) (60% vom durchschnittlichen Jahresarbeitslohn in Deutschland + 1.000€ Werbekostenpauschale) geteilt durch 2.080 Stunden [52 Wochen à 40 Wochenstunden]. Bei Zeitverträgen soll dieser Mindestlohn um 8,33% erhöht werden! Für das Jahr 2013 bedeutet dies: 9,02€ für unbefristete und 9,77€ für befristete Arbeitsverhältnisse.“
CDU/CSU	<i>Kommt nicht vor.</i>	<i>Kommt nicht vor</i>	„Das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen. (...)mit dem Mindestlohn wer den Arbeitsplätze zerstört.“	„Eine Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab. Aber es ist Sache der Politik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Menschen überall in Deutschland die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben. Deshalb wollen wir für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen. Sie sollen gemeinsam einen tariflichen Mindestlohn festlegen.“
FDP	<i>Kommt nicht vor.</i>	„Mindestlöhne, egal in welcher Form sie festgelegt werden, lehnen wir ab.“	„Die Tarifautonomie muss vor staatlichen Lohndiktaten geschützt werden. Statt Mindestlöhnen brauchen gerade Mittelständler flexiblere Regelungen.“	„Pauschale Lohnfestsetzung durch die Politik wird auch der differenzierten Arbeitsmarktlage und den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in Deutschland nicht gerecht. Deshalb lehnen wir einen allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohn strikt ab.“